Wir Ostpreußen

Verlagspostamt Leer (Ostfriesl.) • Einzelpreis 35 Pf. • Im Abonnement 61 Pf einschließlich Zustellgebühr

Folge 13 Hamburg, 5. Juli 1950 / Verlagsort Leer (Ostfriesl.) Jahrgang 2

Ostverdrängte Hochschullehrer lebendig begraben

Von Professor Dr. Max Hildebert Boehm, Lüneburg

Durch die Abtrennung der Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße und Sudeten und Entdeutschung der dortigen deutschen Hochschulen ist der akademische Wirkungsraum Deutschlands verhängnisvoll zusammengeschrumpft. Nachdem das deutsche Hochschulleben in Dorpat und Riga schon früher erloschen war, haben nun altehrwürdige Universitäten wie Prag, Königsberg und Breslau oder Technische Hochschulen wie Danzig, Breslau, Prag und Brünn zugleich mit mehreren kleineren Hochschulen ihren Charakter als Stätten deutscher Geistesarbeit völlig eingebüßt. Die deutschen Gelehrten, die dort wirkten, sind, soweit sie die grauenvolle Katastrophe von 1945 überlebt haben, großenteils in Westdeutschland angeschwemmt worden. Nur ein kleiner Teil von ihnen ist im Hochschulbetrieb der Bundesländer befriedigend untergekommen. Weitaus die Mehrzahl wurde höchstens mit jederzeit kündbaren, dürftig oder garnicht bezahlten Lehraufträgen scheinversorgt, soweit diese Gelehrten nicht einfach genötigt sind, durch Zufallsbeschäftigung irgend welcher Art kümmerlich ihr Leben zu fristen. Ihre Arbeitskraft geht gegenwärtig der Wissenschaft zumeist völlig verloren.

Leider sind wir über den zahlenmäßigen Umfang dieser brachliegenden Reserven der vernachlässigten westdeutschen Wissenschaft noch immer nicht befriedigend unterrichtet. Erst in jüngster Zeit beginnt die Oeffentlichkeit, sich mit diesen bedrohlichen Notständen der deutschen Wissenschaft überhaupt als Problem zu befassen. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die in Göttingen ein ständiges Sekretariat unterhält, hat mit durchaus unzulänglichen Mitteln im vorigen Herbst den Versuch ihrer Registrierung unternommen. Das Ergebnis liegt jetzt in Gestalt einer gedruckten Liste (nach Heimathochschulen geordnet) vor. Von den nur 476 dort aufgeführten Gelehrten, zu denen auch einige Assistenten ohne Lehrberechtigung zählen, stammen 237 aus Hochschulen des eigentlichen Ostraumes. Diese Zahl bleibt aber hinter der Wirklichkeit weit zurück. Wenn auch zu hoffen ist, daß die fast dreimal so große Anzahl zu hoch gegriffen ist, zu der die Zeitschrift „Christ und Welt" in ihren Aufsehen erregenden Veröffentlichungen gelangt, so enthält doch das Generalkataster, das ich gegenwärtig als Vorsitzender des „Notverbandes amtsverdrängter Hochschullehrer unter Benutzung der bisherigen Vorarbeiten anlege, bereits jetzt die Namen von 324 unzureichend oder gar nicht reaktivierten Osthochschullehrern aller Grade. Da unsere Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, ist mit einer noch höheren Endzahl zu rechnen.

Immerhin ergeben sich schon aus dieser Zwischenzählung einige wichtige Anhaltspunkte. Erfaßt sind von uns bisher aus dem genannten Ostraum 241 Professoren, 150 davon von Universitäten, die übrigen von anderen Hochschulen. Unter den 83 bisher registrierten Ostdozenten ohne Professur ist der Anteil der Universität mit 61 prozentual noch höher. Nach den bisher vorliegenden Angaben läßt sich die Altersschichtung noch nicht ganz befriedigend ermitteln. Das Alter von 65 Jahren haben insgesamt mindestens 37 dieser Professoren erreicht, 66 haben ein Höchstalter von 50. Das bedeutet, daß die Gruppe der 50—65jährigen besonders stark vertreten ist. Diese Jahrgänge, von denen erfahrungsgemäß besonders reife Leistungen zu erwarten sind und in denen ein besonderes Maß an Kenntnissen und Erfahrungen aufgespeichert ist, deren Wiedereinstellung sich aber die Ministerialbürokratie besonders zäh widersetzt, sind der Deklassierung und Verelendung und der Verurteilung zu wissenschaftlicher Unfruchtbarkeit in erster Linie preisgegeben. Aehnlich tragisch ist das Schicksal der Dozenten, deren Berufslaufbahn durch den Zusammenbruch im Osten jäh abgebrochen wurde. Der Durchschnitt ist naturgemäß stark überaltert. Mindestens 47, wahrscheinlich aber der größte Teil dieser 83 Nachwuchskräfte ist bereits über 40 Jahre alt, ohne eine Professur und die damit verbundenen Beamtenrechte erworben zu haben. Auch sie versickern großenteils in anderen Berufen.

Zu diesen eigentlichen Osthochschullehrern kommen nun verdrängte Lehrkräfte aus anderen Hochschulen außerhalb des heutigen Bundesgebietes, vor allem aus der allmählich wissenschaftlich verdorrenden Ostzone und Berlin, so daß unser Generalkataster insgesamt bereits fast 700 mehr oder minder brotlose Hochschullehrer als Vertriebene und Flüchtlinge in Westdeutschland zählt, wo es als Auffangspositionen nur etwa über 2000 zumeist natürlich besetzte und vom eigenen Nachwuchs umlagerte Planstellen gibt. Die ungeheuren Gefahren, die ein derart anschwellendes Hochschullehrerproletariat vor den Toren der Hochschulen, ja großenteils sogar in deren Schoße mit sich bringt, sind in ihrem Ernst hierüber kaum erkannt. Der Notverband, der ein umfassendes Aktionsprogramm entwickelt hat, ist bemüht, die nötige Aufklärung darüber zu verbreiten und sich im Interesse der Wissenschaft selber für die lebendig begrabene Ostintelligenz einzusetzen. Ohne eine tiefgreifende Umgestaltung unseres wissenschaftlichen Betriebes, die wirklich konstruktive Ideen und energische Initiative statt der bisherigen Vogel-Strauß-Politik erfordert, ist ein weiterer Verfall unserer bereits rapide absinkenden Wissenschaft nicht aufzuhalten.

Eine unterproletarische Klasse

Die bekannte amerikanische Journalistin Dorothy Thompson setzt in einem von vielen amerikanischen Zeitungen verbreiteten Aufsatz die Reihe ihrer Berichte über die wirkliche Lage in Deutschland fort, wobei sie einleitend bemerkt, daß zum Verständnis der gegenwärtigen Verhältnisse eine Tatsache die wichtigste sei: Die Tatsache nämlich, daß jeder über 50 Jahre alte Deutsche eine Reihe von „Schocks" durchmachte, wie sie in der Erfahrung keines anderen Volkes der Erde eine Parallele habe: Drei Regierungssysteme, zwei verlorene Kriege, vier Besatzungsmächte mit ihren verschiedenen Auffassungen von Demokratie, die Zehntausende von Kriegsgefangenen, die sich noch in russischer Hand befinden, die völlige Vernichtung altertümlicher und moderner deutscher Städte, das Kriegsende ohne Frieden: all dies müsse berücksichtigt werden und dazu beitragen, daß man sich vor vorschnellen Urteilen über den „Geist" des Durchschnittsdeutschen hüte. Vieles von diesem Erleben der Deutschen sei bei ihnen ins Unterbewußtsein-verdrängt worden, und es sei auch anzunehmen, daß hieraus eines Tages bestimmte soziale Phänome erwachsen würden. Sie glaube aber nicht, so schreibt Miß Thompson, daß der Kommunismus oder ein wiederbelebter Nazismus, ja auch nicht die Regierung von Bonn dieses entstehende Phänomen charakterisieren würden, wenn es einmal zum Durchbruch käme. In diesem Zusammenhang befaßt sich Dorothy Thompson, die Gründungsmitglied des New Yorker „Komitees gegen Massenaustreibungen" ist, wiederum mit der Lage der „heimatlosen Ostvertriebenen", die „eine unterproletarische Klasse inmitten einer proletarisierten Nation" seien.

IRO entsinnt sich plötzlich der Heimatvertriebenen

Washington. Es hat in den amerikanischen Kreisen, die sich seit Jahren für eine Einbeziehung der deutschen Heimatvertriebenen in die Betreuung durch die Internationale Flüchtlings-Organisation (IRO) einsetzen, Aufsehen erregt, daß der Generaldirektor der IRO, J. Donald Kingsley, in einer von einer Anzahl amerikanischer Sender übertragenen Ansprache erstmals auch auf die deutschen Heimatvertriebenen Bezug nahm. Bislang waren nach den Statuten der IRO die Vertriebenen von jeder Betreuung durch die Internationale Flüchtlingsorganisation ausgeschlossen, und jeder Versuch, dies zu ändern, wurde unter Hinweis eben auf die Satzungen abgelehnt. Daß Mr. Kingsley ausdrücklich auf die 8.5 Millionen Heimatvertriebenen in Westdeutschland hinwies ist um so interessanter, als die Ansprache mit einem neuen Hilfsappell an die USA für die IRO schloß. Diese plötzliche Erwähnung der deutschen Vertriebenen beweist, daß diese Frage — insbesondere durch den Walter-Report — als so dringend und bekannt erachtet wird, daß sie nicht nur nicht mehr übergangen wird, sondern als gewichtiges Argument aufscheint.

Poncet-Erklärung über Vertriebenen-auswanderung

Washington. Nachdem durch den Walter-Report das Problem der deutschen Heimatvertriebenen eindringlich vor die Augen der maßgebenden politischen Kreise Washingtons gebracht wurde, finden die Erklärungen des französischen Hochkommissars Francois-Poncet zu dieser Frage hier um so größere Beachtung, als sie als Unterstützung der Vorschläge des Reports betrachtet werden. Der französische Hochkommissar hatte kürzlich in Hamburg in einer Rede darauf hingewiesen, daß die europäischen Probleme gemildert würden, wenn man den Heimatvertriebenen die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten, Afrika und Australien erleichtern würde. Francois-Poncet vertrat dabei die Ansicht, daß das Vertriebenenproblem auf diese Weise gelöst werden könne.

Das große Bekenntnis vor dreißig Jahren

Unter internationaler Kontrolle wurden im ostpreußischen Abstimmungsgebiet 97,7 Prozent der Stimmen für Deutschland abgegeben und nur 2,3 Prozent für Polen. 1695 Gemeinden sprachen sich für Deutschland aus und nur neun Gemeinden für Polen

Am 11. Juli 1950 sind es dreißig Jahre her, daß die Bevölkerung des südlichen Ostpreußen und des bereits durch den Weichselkorridor verstümmelten Westpreußen ein eindeutiges Bekenntnis zu ihrer deutschen Heimat ablegte. Es war ein Bekenntnis in einer Zeit, als nach dem großen Kriege 1914/18 das Deutschtum tief gedemütigt wurde, in einer Zeit, als mancher an der Zukunft Deutschlands verzweifeln konnte, wenn er nicht im Glauben und in der Treue fest an seiner angestammten Heimat hing.

Die oft genannte, aber wenig bekannte, gesegnete Kulturlandschaft des unteren Weichseltales mit ihren leuchtend-roten, aus festem Backstein gefügten Ordensburgen, besonders das Haupthaus der Marienburg, auch die Welt des Oberlandes, ebenso Masuren, das Land der grünen Wälder und kristallenen Seen, waren vor dem Ersten Weltkrieg vom Reich noch nicht „entdeckt". Erst der Sieg Hindenburgs bei Tannenberg, der Ostpreußen von der russischen Invasion befreite, ließ die breite Öffentlichkeit im gesamten Deutschland aufhorchen und das masurische Land zwischen den Kernsdorfer Höhen und den Seesker Bergen zum Begriff werden. Der Abstimmungssieg rückte es zum zweiten Male ins allgemeine Bewußtsein, und die Folgejahre ließen dann die vielen Wanderfreudigen aus dem Reich dieses Gebiet nicht nur als das Land stolzer Ordensburgen und besonders Masuren nicht nur als das Land der weiten Wälder und Seen erleben, sondern auch als ausgesprochen deutsches Grenzland mit all seinem Leid und seiner Größe.

Nach dem Ersten Weltkrieg wollte Polen sich die scheinbar günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen, seinen von langer Hand vorbereiteten Anspruch auf West- und Ostpreußen zu verwirklichen, um in breiter Front das Meer zu erreichen. So mußte Deutschland durch den Versailler Vertrag von vornherein den Bromberger Bezirk, das Kulmerland, das Soldauer Gebiet und Pommerellen an Polen und Danzig mit dem Werder und das Memelland abtreten. Für die zu Ostpreußen gehörenden masurischen Kreise: Sensburg, Lötzen, Oletzko, Lyck, Johannisburg, Ortelsburg und Neidenburg, in den ermländischen Kreisen: Allenstein-Stadt, -Land und Rößel, in dem oberländischen Kreis Osterode sowie in den zu Westpreußen zählenden Kreisen ostwärts der Weichsel — Nogat: Rosenberg, Marienwerder, Stuhm und Marienburg wurde durch das Versailler Diktat (Art. 94/97) eine Volksabstimmung verfügt. Stimmrecht hatte ohne Unterschied des Geschlechts jede Person, die bei Inkrafttreten des Vertrages zwanzig Jahre alt, in den obengenannten Kreisen geboren war oder dort ihren Wohnsitz hatte. Stimmenmehrheit in den einzelnen Gemeinden entschied, und die alliierten Mächte sollten dann die Grenze zwischen Ostpreußen und Polen festsetzen. Hier sollte also nach demokratischen Grundsätzen verfahren werden. Daß sie am falschen Objekt erprobt und die Siegermächte nur polnischer Propaganda erlegen waren, bewies dann freilich sofort das Ergebnis.

Von deutscher Seite ist eine geringe polnische Minderheit in beiden Abstimmungsgebieten nie bestritten worden. Es handelte sich vorzugsweise um nationalpolnische Elemente in den ermländischen Kreisen und im westpreußischen Stuhm. Anderseits war es klar, daß Sachkenner den ausgesprochen deutschen Charakter dieser Abstimmungsgebiete nie ernstlich in Zweifel gezogen haben. Die Existenz der masurischen Sprache war kein Merkmal polnischer Volkszugehörigkeit.

Die Masuren selbst waren gute deutsche Staatsbürger. Man würde den Kenner langweilen, wollte man ihm hier die historischen Nachweise genau bringen. Die Wissenschaft hat sie jederzeit bereit, um sie eindeutig zu führen. Selbst ernsthafte polnische Wissenschaftler urteilten objektiv, konnten sich freilich nur selten durchsetzen. Reine Zweckpropaganda (Roman Dmowski, Ignaz Paderewski) und Pseudowissenschaft beherrschten nur zu sehr das Feld und beeinflußten verhängnisvoll das politische Geschehen.

Hier sei nur erwähnt, daß die Propaganda von der Existenz eines polnischen Masuren zu Ausgang des vergangenen Jahrhunderts verstärkt einsetzte, als der aus Westpreußen stammende Lemberger Historiker Dr. Kentrzynski (ehem. Winkler) seine Schrift „Über die Masuren" (1872) erscheinen ließ. In der Zeitschrift „Przeglond Wszechpolski" (Allpolnische Rundschau) wurde dann wohl mit patriotischem Eifer, aber wissenschaftlicher Unzulänglichkeit die erste polnische Vorarbeit für die Abstimmung geleistet. Durch Sachkenner widerlegt, verfocht man dann später die Behauptung, daß Masuren polnischer Siedlungsboden sei. Das Posener „Zentralkommitee zur Errettung Masurens", der nationalpolnische Kampfverein „Strasch" u. a., unter denen besonders der evangelisch-polnische Generalsuperintendent Bursche in Warschau zu nennen wäre, versuchten durch Vereins- und Genossenschaftsgründungen und besonders durch Bodenerwerb ein polnisches Masuren und Westpreußen zu schaffen. Alle Unternehmungen aber blieben meist in den Anfängen stecken, z. B. die polnische Presse („Mazur" in Ortelsburg, „Gazeta Ludowa" in Lyck, „Mazurski" in Osterode) und die Bemühungen bei politischen Wahlen (Masurische Volkspartei); sie erwiesen sich im ganzen als bedeutungslos.

Ungleich schwerer wog nach den schlimmen Nachkriegsjahren und inmitten allgemeiner Rechtsunsicherheit die hoffnungslose Lage des Reichs, die — theoretisch gesehen — die Menschen zu einer gewissen Unsicherheit verleiten konnte. Aus selbstloser Liebe und Treue zur Heimat erwuchsen aber in dieser Lage aus dem Volke heraus die Gegenkräfte. Es fanden sich Männer, die nun deutscherseits den Abstimmungskampf organisierten. In der gegenwärtigen Lage des ostdeutschen Volkstums ist hier der Ort, ihrer namentlich zu gedenken. Als erster gründete Superintendent Paul Hensel aus Johannisburg einen „Masurenbund". In Allenstein folgten der Buchhändler Karl Danehl und der Fabrikbesitzer Kurt Thiel mit einem „Arbeitsausschuß gegen die Polengefahr". Beide schlossen sich zum „Masuren- und Ermländerbund" zusammen, der später in den „Ostdeutschen Heimatdienst aufging und zum Träger des Abstimmungskampfes wurde. Er wurde in Masuren von Thiel (Vorsitz und Finanz), dem Reg.- u. Vet.-Rat Dr. Marks (Verwaltung), Stadtrat Borowski (Sammlung und Rückführung der Abstimmungsberechtigten) und dem besonders verdienten Schriftsteller Max Worgitzki (Propaganda) geleitet. Bis zum September 1919 umfaßte er in 1046 Heimatvereinen 206 613 Mitglieder. In den einzelnen Kreisen wurden die deutschen Interessen wahrgenommen von Lehrer Schymanski (Osterode), Vet.-Rat Hesse (Neidenburg), Stud.-Direktor Bunnemann (Ortelsburg), Lehrer Langecker (Sensburg), Rechtsanwalt v. Lojewski (Johannisburg), Amtsgerichtsrat Ehlert und Lehrer Britt (Lötzen), Pfarrer Rathke (Lyck), Rendant Buchholz (Oletzko), Rektor Funk (Allenstein-Stadt),



Das Gebiet der Abstimmung vom 11. Juli 1920 in Ost- und Westpreußen

Max Worgitzki (Allenstein-Land) und Lehrerin Maria Lehmann (Rößel), der „Jeanne d'Arc de Bischofsburg" (Couget) Freiherr von Gayl vertrat als Reichskommissar mit wenig Unterstützung der Berliner Regierung und kräftiger Eigeninitiative die Belange des Reichs. Über Parteien, Klassen und Konfessionen hinweg erwuchs ein „Geist der Volksabstimmung", der das Gemeinsame, Einigende und Verbindende über kleinlichen Hader und Zwist stellte. Erst im April 1919 setzte der eigentliche Abwehrkampf ein. Das Ziel konnte in Masuren nur der vollständige Abstimmungssieg sein, an dem weder die Kautschukbestimmungen des Versailler Vertrags noch die mit allen nur erdenklichen Mitteln durchgeführte polnische Versammlungs- und Hauspropaganda ein Deuteln zulassen sollten. Die „Ostdeutschen Nachrichten" waren das Organ des Heimatdienstes. Jedes Mitglied der in den Heimatvereinen zusammengeschlossenen deutschen Bevölkerung verpflichtete sich „seine deutsche Gesinnung alle Zeit offen zu bekennen und zu vertreten" (Worgitzki). Als die Interalliierte Kommission am 12. Februar 1920 in Allenstein die Verwaltung des Abstimmungsbezirks übernahm, konnte Worgitzki ihr mitteilen, daß bereits 96 Prozent der Abstimmungsberechtigten hinter ihm stehen und die Abstimmung sozusagen vorweggenommen hätten.

Darüber hinaus wurden in Carlshof-Rastenburg auf allen nur denkbar möglichen Wegen jene Stimmberechtigten erfaßt, die außerhalb des Abstimmungsgebietes wohnten. Sie erhielten alle erforderlichen Papiere bis zur Fahrkarte und Lebensmittelkarte. Wie sollte aber das Verkehrsproblem gelöst werden, zumal es im Reich drunter und drüber ging und die Sachverständigen abrieten? Die Polen hemmten die Eisenbahntransporte durch den Korridor; trotzdem erreichten aber etwa 100 000 Menschen Ostpreußen auf diesem Wege. Etwa 91 000 traten die Fahrt über das Meer an. Selbst alte Zivilflugzeuge mußten herhalten. So kamen die Heimattreuen, etwa 195 000 Abstimmungsberechtigte, zu Lande, zu Wasser und durch die Luft aus dem Reich in die Bezirke Allenstein und Marienwerder, um für ihre alte Heimat zu zeugen.

Am 11. Februar 1920 hißte die Interalliierte Verwaltungs- und Abstimmungskommission ihre Flaggen auf dem Allensteiner Regierungsgebäude. Das Abstimmungsgebiet stand unter Fremdherrschaft. Regierungspräsident von Oppen wurde ausgewiesen; ihm folgten später Oberbürgermeister Zülch und der Kommandeur der Polizei, Oldenburg. Es regierten nunmehr der Engländer Rennie (Verwaltung und Polizei), der Franzose Couget, später Chevalley (Schulaufsicht), der Italiener Marquese Fracassi (Post, Telegraphie und Eisenbahn) und der Japaner Marumo (Durchführung der Abstimmung). Kontrolloffiziere und Besatzungstruppen vervollständigten den Apparat. Die Beamten blieben auf Grund einer Loyalitätserklärung im Amt. Die Grenzen nach dem übrigen Ostpreußen wurden geschlossen, nach Polen geöffnet. Ein eigenartiges zweisprachiges Amtsblatt, Abstimmungsbriefmarken — Plebiscite Olsztyn = Allenstein, der polnische Name dem deutschen vorangesetzt — und ähnliche Dinge vervollständigten den Auftakt. Die Polen begrüßten die neuen Herren als „Verbündete und Freunde" und entfesselten sofort eine Propagandaflut ohnegleichen (Hausagitatoren, Wanderfahrten im Ermland usw.). Geld spielte dabei keine Rolle. Die „Bojuwka", eine rund zweitausend Mann starke polnische Kampfschar, versuchte die deutschen Versammlungen zu sprengen, machte die Waldwege unsicher, kurzum, schreckte vor Gewalttaten nicht zurück. Alle Mittel aber fruchteten nichts. Die Geschlossenheit der Masuren und Ermländer war nicht zu erschüttern. In diesem Zusammenhang erfordert es die Gerechtigkeit, zu bemerken, daß die Interalliierte Kommission bestrebt gewesen ist, sachlich ihres Amtes zu walten. Unlautere Machenschaften wurden abgestellt, die gewaltsame Bojuwka verboten. Bei den genauen Nachprüfungen ergab es sich auch, daß die Beamten ihre Befugnisse nicht überschritten sowie trotz polnischer Beschwerdefluten Terrorakte der Heimatvereine nicht vorlagen. Sie hatten solche nicht nötig. Die Polen wandten sich gegen die Kommission, erreichten aber weder ihre Beseitigung noch die erstrebte Verschiebung der Abstimmung.

Als Abstimmungstag wurde der 11. Juli vorgesehen. Dabei zeigte es sich, daß die Polen nicht einmal in der Lage waren — vor allem in dem eigentlichen Masuren — die in den einzelnen Gemeinden gebildeten Wahlausschüsse (zwei Deutsche, zwei Polen) zu besetzen. Eine Drohung mit Abstimmungsstreik und Forderungen nach neuen Durchführungsbestimmungen sollten diese schon vor der Abstimmung erlittene Niederlage wettmachen. Der 11. Juli sollte nun endlich die Entscheidung bringen. Kurz vor dem Termin erhofften die Polen von neuen Versprechungen und Vorschlägen eine Wendung: 1. Autonomie des Abstimmungsgebietes bei einem Anschluß an Polen; 2. Abtretung der Kreise Allenstein-Stadt und -Land, Osterode und Neidenburg an Polen, die restlichen Kreise zu Deutsch-

Gedenkfeiern zur Abstimmung

Zum Gedenken der 30. Wiederkehr der Abstimmung in Ost- und Westpreußen finden folgende Feiern statt:

Lübeck

Sonnabend, 15. Juli: Anreise. Quartierbestellungen für Übernachtungen mit gewünschter Preislage an die Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Krähenstraße 14.

Sonntag, 16. Juli: 8 Uhr evangelischer Heimatgottesdienst in der Jakobi-Kirche, katholischer Heimatgottesdienst in der katholischen Kirche an der Parade. 10 Uhr: **Großkundgebung** auf dem Marktplatz in Lübeck. Es sprechen der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Staatssekretär Dr. Schreiber, und Bürgermeister a. D. Pawelcik, Marienburg. Um 13 Uhr Treffen der Heimatkreise in zugewiesenen Lokalen (siehe Programmheft).

Hannover

Sonnabend, 15. Juli: Anreise: Quartierbestellungen für Übernachtungen mit gewünschter Preislage an Regierungsrat Kreysel, Hannover-Kirchrode, Steinbergstraße 21.

Sonntag, 16. Juli: Großkundgebung in der Niedersachsenhalle. Andachten des katholischen und evangelischen Geistlichen. Festansprache Konsistorialrat Lawin, Marienburg. Abends Treffen der Ostpreußen.

Oldenburg i. O.

Sonnabend, den 15. Juli: Anreise, Quartierbestellung sowie Übernachtungen in gewünschter Preislage an die Geschäftsstelle des Verbandes der Ostvertriebenen und Flüchtlinge e. V., Oldenburg i. O., Heiligengeiststraße 23, Telefon 3748. 20 Uhr: Begrüßungsabend für die auswärtigen ost- und westpreußischen Teilnehmer in sämtlichen Räumen der „Meisterklause", Oldenburg, Heiligengeiststraße. Es spricht Erich von Witzleben, Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen. Es wirken mit der Gesangverein „Heimat" unter Professor Pfannenstiel und die Jugendgruppe des Verbandes der Ostpreußen in Oldenburg. 20 Uhr: Begrüßungsabend für die auswärtigen schlesischen Teilnehmer im „Pschorr-Bräu", Oldenburg, Baumgartenstraße 3, Vortrag Dr. Rippe.

Sonntag, den 16. Juli: 7.30 Uhr katholischer Gedenk-Gottesdienst in der katholischen Kirche Peterstraße. 9 Uhr: evangelischer Gedenk-Gottesdienst in der Lamberti-, Garnison- und Auferstehungskirche. 10.30 Uhr: Großkundgebung auf dem Pferdemarkt in Oldenburg. Es sprechen Bundesminister der Vertriebenen, Dr. Lukaschek, und der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen im Zentralverband der vertriebenen Deutschen, Gossing, ferner der Landsmann Richard Goetz, Ehrenbürger der Albertus-Universität Königsberg, ab 14 Uhr Treffen sämtlicher Landsmannschaften Ziegelhof, 16 Uhr im Ziegelhof Freilichtbühne Feierstunde: Land unter dem Kreuz, unter Mitwirkung der ostdeutschen Chorgemeinschaft, des Sprechchores der Jugendgruppe und der schlesischen Sing- und Tanzgruppe, Ab 13 Uhr: Heimattreffen des Kreises Marienwerder/Westpr. in den Astoria-Betrieben, Oldenburg, Alexanderstraße.

Düsseldorf

Sonntag, 16. Juli: 9.30 Uhr Gottesdienst. 11.30 Uhr Großkundgebung in der Rheinhalle. Es spricht der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Gille. — Nachmittags Treffen der Kreise. Abends Kulturveranstaltung. Während des Monats Juli Ostdeutsche Kunstausstellung in Düsseldorf.

*

Der Landesarbeitsausschuß Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen veranstaltet aus Anlaß der dreißigsten Wiederkehr der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen eine Großkundgebung in Düsseldorf am Sonntag, dem 16. Juli. Nach einem Gottesdienst um 9.30 Uhr sprechen in der Rheinhalle der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Dr. Gille und Oberregierungs- und Schulrat a. D. R. Meyer. Der Nachmittag ist den verschiedenen Kreistreffen vorbehalten. Am Abend findet ein Kulturabend statt.

Die Veranstalter erwarten rege Beteiligung an diesem ersten Landestreffen in Nordrhein-Westfalen. Alle Ostpreußengruppen und Kreisvereinigungen werden um Anmeldung der Teilnehmerzahl bis zum 8. Juli gebeten. Die Bundesbahn gewährt Ermäßigungen.

Es wird eine Festschrift herausgegeben, die neben allen organisatorischen Einzelheiten Beiträge namhafter Autoren und reiches Bildmaterial enthält. Sie berechtigt zur Teilnahme an den Veranstaltungen. Das Festabzeichen ist dem alten Abstimmungsabzeichen nachgebildet.

Für die Ausschmückung der Rheinhalle wird um leihweise Ueberlassung von Wappen, Fahnen und Transparenten gebeten, deren Ankündigung baldmöglichst erwünscht ist. Während des ganzen Monats Juli findet in Düsseldorf eine Ostdeutsche Kunstausstellung statt.

Heimatvertriebene anderer Landsmannschaften und alle einheimischen Freunde sind zur Großkundgebung eingeladen.

Hamburg

Abstimmungsfeier der Ost- und Westpreußen am 11. Juli, 20 Uhr, im Winterhuder Fährhaus.

Frankfurt/Main

Abstimmungsfeier des Vereins der Ost- und Westpreußen am 8. Juli in der Aula der Universität.

Berlin

Großkundgebung in der Festhalle am Funkturm S-Bahn Witzleben am 9. Juli, 10 Uhr.

Ostvertriebene vor dem Hermannsdenkmal

Kundgebung zur Erinnerung an die Wiederkehr der Abstimmung

Anläßlich der dreißigjährigen Wiederkehr der Abstimmung in Südostpreußen und in westpreußischen Kreisen findet am 16. Juli, 10.30 Uhr, am Hermannsdenkmal, unweit der Fremdenverkehrsstadt Detmold eine Großkundgebung der Ostvertriebenen statt. Vornehmlich ost- und westpreußische Schicksalsgefährten werden sich hier treffen. Die Veranstaltung wird im Rahmen der „Festlichen Wochen 75 Jahre Hermannsdenkmal" durchgeführt. Anschließend sind Heimattreffen der ostdeutschen Landsmannschaften vorgesehen. Die Ostpreußen werden sich voraussichtlich unterhalb des Hermannsdenkmals in dem Luftkurort Detmold-Hiddesen, und zwar in der Gaststätte „Frische Quelle" treffen. Um die Fahrtkosten zu verringern, sind Sonderzüge im Bereich des Regierungsbezirks Detmold vorgesehen. Größeren örtlichen Vereinigungen wird empfohlen, den Einsatz von Sonderzügen bei ihrer zuständigen Eisenbahndirektion zu beantragen. Diese stellt Sonderzüge mit einer Ermäßigung von 60% bei einem Vorverkauf von 300 Fahrkarten. Bei einem Vorverkauf von über 800 Fahrkarten beträgt die Ermäßigung 75%. In verschiedenen größeren Städten ist eine Sonderfahrt zum Hermannsdenkmal vorgesehen. Reisegruppen von 25 Erwachsenen erhalten bei Benutzung fahrplanmäßiger Züge 50% Ermäßigung, bei 12 Personen beträgt die Ermäßigung 33⅓%.

land. Es waren über diese Vorschläge keine Worte zu verlieren.

Noch war aber die Gefahr nicht vorbei. Polnische Terrorakte machten trotz strengster Disziplin einige Zusammenstöße unvermeidlich. Die Erregung stieg, als der Masuren- und Ermländerbund feststellte, daß die Polen mit Hilfe der ehemaligen Bojuwka und einer zwei Divisionen starken sogenannten „Masurenwehr" jenseits der Grenze durch eine gewaltsame Besetzung vollendete Tatsachen schaffen wollten. Auf Gewalt hätte man mit Gewalt geantwortet. Es ist das Verdienst des Freiherrn v. Gayl. diese Schwierigkeiten beseitigt zu haben. So konnte der 11. Juli 1920 inmitten allgemeinen Wirrwarrs in Deutschland zu einem hohen Festtag für das Abstimmungsgebiet, für Ostpreußen und das Reich werden.

Da die Quellen in der heutigen Zeit besonders schwer zugänglich sind, sei das Ergebnis der Abstimmung hier wiedergegeben: Die Wahlbeteiligung der Ortsansässigen betrug 96,2 v. H. Von 371 734 Stimmen waren 545 = 0,146 v. H. ungültig. Die Zählung ergab für den

Kreis	Gemeinden für Deutschland	Gemeinden für Polen	Stimmen für Deutschland	Stimmen für Polen
Osterode	244	4	46.385	1.043
Neidenburg	142	1	22.233	330
Ortelsburg	197	—	48.204	511
Sensburg	190	—	34.334	25
Johannisburg	198	—	34.036	14
Lyck	190	—	36.534	44
Lötzen	116	—	29.378	9
Oletzko (Treuburg)	121	—	28.625	2
Allenstein-St.	1	—	16.742	342
Allenstein-L.	179	3	31.486	4.902
Rößel	117	1	35.252	758
Insgesamt	1.695	9	363.209	7.980
	99,4%	0,6%	97,7 %	2,3%

Die Zahlen bedürfen keines Kommentars. Sie zeigten die einmütige Ablehnung Polens durch die Abstimmenden. Ja, es ergibt sich bei genauerer Untersuchung sogar die Tatsache, daß selbst ein erheblicher Teil der an Zahl so geringen polnischen Bevölkerung für Deutschland gestimmt haben muß. Dennoch wurden die Ortschaften Groschken, Kl. Nappern und Kl. Lobenstein im Kreis Osterode Polen zugeschlagen.

Mit dem Abstimmungssieg aber waren noch nicht alle Gefahren gebannt. Gewiß trug der im gleichen Jahr ausgebrochene polnisch-russische Krieg dazu bei, in den letzten Phasen der Abstimmung den polnischen Druck schneller zu lösen. Unmittelbar längs der ostpreußischen Grenze drangen die Russen vor. Die Interalliierte Kommission wollte nicht in diese Vorgänge verwickelt werden und zog daher ihre Truppen in Allenstein zusammen. Die Grenze war damit ungeschützt, und Uebertritte mit nachfolgenden Verwicklungen drohten. Nach dem „Wunder an der Weichsel" fluteten die Russen zurück. Es ist das Verdienst des selbständig handelnden Freiherrn v. Gayl, diese Gefahren abgewendet zu haben. Uebergetretene polnische und russische Einheiten konnten in Arys interniert und später in ihre Heimat zurückgeführt werden.

Ebenfalls am 11. Juli 1920 bekundete auch der Abstimmungsbezirk Marienwerder seine Treue zum Reich. Die Volksbefragung wurde in den Kreisen Rosenberg und Stuhm, Marienwerder ostwärts der Weichsel und Marienburg östlich der Nogat durchgeführt. Dort sprachen die Nationalitätenverhältnisse trotz mancher Entdeutschungsperioden und trotz stärkeren Anteils der polnischen Bevölkerung im Kreise Stuhm immer noch eindeutig zugunsten des Deutschtums. Um den polnischen Ansprüchen zu begegnen, begründete im Jahre 1918 Geheimrat Cleinow in Bromberg die „Volksratbewegung". Das Verlangen der Entente (März 1919), der polnischen Haller-Armee freien Durchzug durch Danzig und Westpreußen zu gestatten, scheiterte an dem Protest der deutschen Bevölkerung und stärkte die gemeinsame Abwehr. Träger dieser Abwehrbewegung war der Reichstagsabgeordnete Dr. Fleischer. Es zeigte sich jedoch bald, daß man auf eine tatkräftige Hilfe des Reichs nicht rechnen konnte. Man mußte zur Selbsthilfe greifen. Dr. von Holtum organisierte den Westpreußischen Heimatdienst; die einzelnen Bezirke des Abstimmungsgebietes leiteten Baurat Niemann (Stuhm), Mittelschullehrer Kirsten (Marienwerder) , Pfarrer Lewin (Marienburg-Land), Dr. Wiegel (Marienburg-Stadt), Lehrer Wolf (Deutsch-Eylau) und Rechtsanwalt Neumann (Rosenberg). In diesem Zusammenhang darf der katholische Probst Pingel in Marienburg nicht vergessen werden, der sich gegen die polnische Propagandathese, das katholisch-polnisch sei, wandte. Der Zusammenschluß vollzog sich ähnlich wie in Masuren.

So konnte der polnische „Weckruf" (in Graudenz in deutscher (!) Sprache gedruckt) der Gräfin Sierakowska und der im Kreise Stuhm ansässigen Gutsbesitzer von Dominierski und Hohendorf ebenso wie das polnische Komitee des Marschalls Tranzczynsky keinen Boden gewinnen. Der Deutsche Tag am 20. Juni in Marienburg, wie das deutsche Lied, vom Berliner Gesangverein im Abstimmungsgebiet zu Gehör gebracht, führten zu begeisterten Kundgebungen für das deutsche Volkstum.

Die Abstimmung ergab für den

Kreis	Gemeinden für Deutschland	Gemeinden für Polen	Stimmen für Deutschland	Stimmen für Polen	
Rosenberg	135	—	33.498	1.073	= 3,10%
Marienwerder	92	5	25.607	1.779	= 6,49%
Stuhm	102	22	19.984	4.904	= 19,07%
Marienburg	43	—	17.805	191	= 1,06%
Insgesamt	372 = 93,2%	27 = 6,8%	96.894 = 92,4%	7.947	= 7,6%

Die Abstimmung wurde also gleichfalls zu einem überlegenen Sieg des Deutschtums. Man konnte sich dennoch nicht versagen, den Polen fünf Ortschaften des Kreises Marienwerder, den Hafen Kurzebrack, den Brückenkopf Münsterwalde und den Bahnhof Garnsee zu geben und Westpreußen damit den Zugang zur Weichsel zu nehmen. Die Abstimmung zeigte ferner, daß — wie in Masuren — Sprache und nationale Gesinnung auch dort durchaus nicht dasselbe waren. Es ergab sich vielmehr, daß gut die Hälfte der polnisch sprechenden Bevölkerung für Deutschland gestimmt hatte.

Das deutsche Volkstum erbrachte also bei den Abstimmungen vom 11. Juli 1920 den Nachweis, daß die „fraglichen" Gebiete fast zu hundert Prozent von Deutschen bewohnt sind. Wenn man vom Deutschtum in Ost- und Westpreußen spricht, dann greift man gewöhnlich auf diese Zahlen des Abstimmungsjahres zurück. Man sollte aber nicht vergessen, daß aus den sechzehn folgenden Reichs- und Landtagswahlen von 1921—33 die weitere Entwicklung der polnischen Minderheit ersichtlich ist. In einer beachtenswerten Untersuchung ist ein jüngerer Geograph dieser Frage nachgegangen. Er kommt dabei u. a. für die masurischen Kreise zu dem interessanten Ergebnis, daß die polnischen Stimmen (1920—33) weiterhin allmählich von 2,3 v. H. auf 0,07 v. H. sanken. „Bei jeder einzigen Wahl erlitten die Polen in den masurischen Kreisen eine neue vernichtende Niederlage, und jedes Mal findet das Abstimmungsergebnis von 1920 eine neue glänzende Bestätigung." Das gilt auch für das westpreußische Abstimmungsgebiet im gleichen Zeitraum; dort ging die polnische Minderheit allmählich von 7,58 auf 1,26 v. H. zurück. Sie war also zu Beginn des Jahres 1933 ein zahlenmäßig „völlig bedeutungsloser Splitter fremden Volkstums, der den kerndeutschen Charakter der Provinz in keiner Weise beeinträchtigen konnte."

Durch gewaltsame Vertreibung seiner Bewohner ist dieses kerndeutsche Land heute zu einer Wüstenei geworden. Fremden Völkern kann es aber niemals zur Heimat werden. „Dies Land bleibt deutsch!"

Gebäude wurden „verschenkt"

Der Preis des Ackerlands für die polnischen Neusiedler

Im „Kalendarz Informator Polska zagranica" berichtet Aleksander Wilinicz über die Durchführung der Ansiedlung in den „wiedererrungenen Westgebieten", soweit es sich nicht um Kolchosen bzw. Staatsgüter handelt. Danach wurden die Böden in sieben Klassen eingeteilt, von denen die Siedler je nach Klasse 7 bis 15 Hektar erhielten. Der Ansiedler entrichtete dafür an den Staat einen Preis, der dem Schätzwert der Böden entsprach. Dieser Schätzwert wurde in einer Höhe festgesetzt, die der durchschnittlichen Jahresernte von dem betreffenden Grundstück entsprach, wobei als durchschnittliche Ernte für Böden mittlerer Güte 15 Zentner Roggen je Hektar angenommen wurde.

Selbständige Gewerbetreibende, die sich in Ostpreußen, Pommern oder Schlesien niederlassen, erfahren alle möglichen Erleichterungen an Steuern und Abgaben, werden doch sogar die Grundbuchgebühren erlassen, wenn die Gebäude erst „instandgesetzt" werden müssen. Den Reemigranten, d. h. den polnischen Rückwanderern aus den westeuropäischen Staaten wurde der „Wert des zurückgelassenen Eigentums" bis zu einem Betrage von 30 000 Vorkriegs-Zloty in Anrechnung gebracht. Gebäude, die angeblich bis zu 50 Prozent beschädigt waren, erhielten die „Neusiedler" völlig umsonst. Außerdem wurden Gewerbetreibenden wie Neusiedlern langfristige Kredite zur Verfügung gestellt. Bezüglich der Kaufleute heißt es, das selbst die, „die über ein nicht großes Kapital verfügen, sich in den Westgebieten eine wertvolle Arbeitsstätte" schaffen könnten.

Das Kreuz des deutschen Ostens

In dem westlichen Teil unseres deutschen Vaterlandes, in der Bundesrepublik, gibt es jetzt schon zahlreiche Kreuze, von uns Heimatvertriebenen errichtet. Irgendwo in einem Ort erstand das erste, immer mehr folgten, und vielleicht wird der Gedanke, durch ein Kreuz symbolhaft alles das auszusprechen, was wir Vertriebene zum Raub unserer Heimat und in dem Kampf um unsere Rückkehr zu sagen haben, so sehr Allgemeingut werden, daß bald in jeder Gemeinde solch ein Kreuz stehen wird.

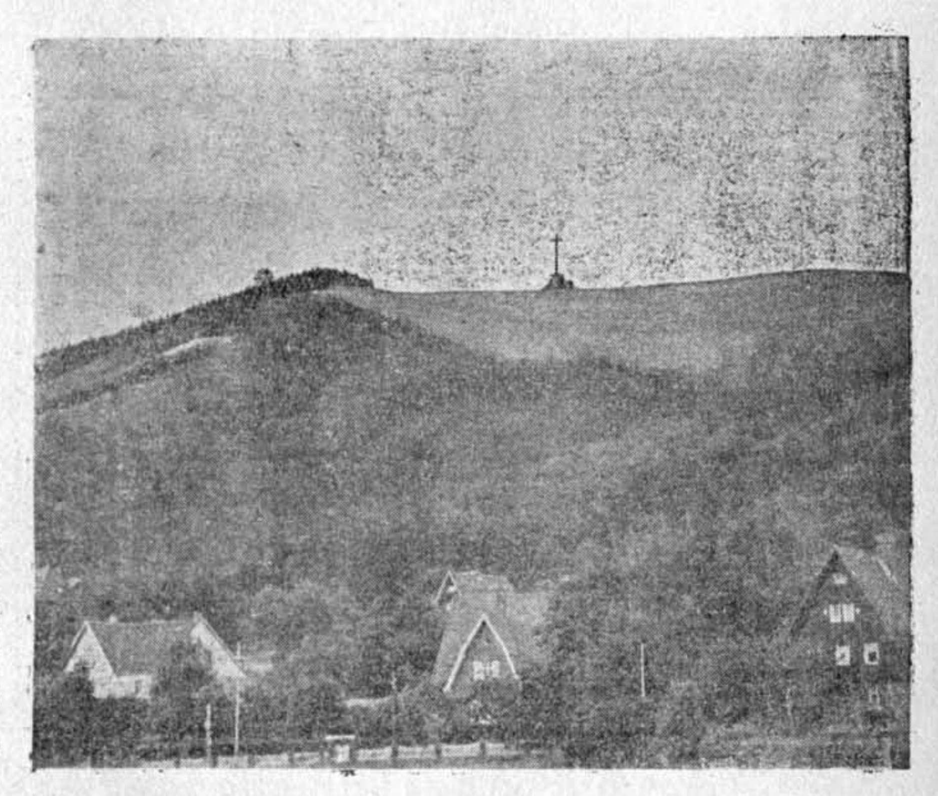
Das Kreuz aber, das am Johanni-Abend am Nordrande des Harzes geweiht wurde, hat eine besondere Bedeutung. Nicht, weil es das größte von all denen ist, die bis jetzt errichtet wurden, nicht, weil sein Sockel 312 tons wiegt und in ihm 130 cbm Beton und 3 t Baustahl verarbeitet worden sind, nicht, weil auch beim Kreuz selbst die Maße imponieren — es ist aus zehn Lärchenstämmen zusammengefügt, zwanzig Meter hoch und wiegt 4,5 Tonnen — der Ort vielmehr, an dem es steht, macht es so bedeutungsvoll. Mitten durch den Harz, durch das von Sage und Geschichte umwitterte Herzgebirge Deutschlands, geht jener Graben, den fremde Mächte durch unser deutsches Vaterland gerissen haben. Hier, unmittelbar an dieser Linie, die ohne Erlaubnis dieser Mächte zu überschreiten, einem Deutschen den Tod bringen kann, hier ragt auf granitenen Klippen 550 Meter über dem Meer dieses Mal. Wer vom Westen kommt, sieht schon viele Wegstunden vorher den Brocken, den höchsten Berg Mitteldeutschlands, mit seinem Turm. Er liegt schon auf der anderen Seite und damit wie in einer anderen Welt. Jetzt ist, für jeden von Westen Kommenden beinahe ebenso weit sichtbar, dieses Kreuz hinzugetreten, das Kreuz des deutschen Ostens . . .

Es hatte schon seinen tieferen Sinn, daß von all den Gästen, die zur Weihe des Kreuzes gekommen waren, von all den Ministern und Abgeordneten der Bürgermeister von Berlin, Professor Dr. Reuter, von den mehr als zwanzigtausend Teilnehmern besonders stark und herzlich begrüßt wurde. Auch ohne daß es ausgesprochen wurde, empfanden wohl viele, daß zwischen Berlin, dieser letzten, freien, von Gewaltherrschaft umbrandeten Bastion nach Osten zu, und diesem Kreuz eine starke innere Beziehung besteht, ist es doch wie das letzte Zeichen, das das Abendland nach Osten richtet. „Berlin, die Stadt hinter dem Eisernen Vorhang, als Hort der Freiheit und der Einheit unseres Vaterlandes, grüßt durch mich alle Heimatvertriebenen. Wir werden die Heimat wiedergewinnen." So schrieb Oberbürgermeister Reuter in das „Goldene Buch des Kreuzes des Deutschen Ostens". Bundesminister Lukaschek sprach im Namen aller Heimatvertriebenen, als er die Worte eintrug: „Wir vergessen niemals die Heimat, wir erkennen niemals an, was ruchlose Menschen als Verzicht auf unsere Heimat aussprechen." Diese Worte sagen es, was das Kreuz zu bedeuten hat. Es ist ein Mahnmal, mit dem wir Vertriebene nach dem Recht und damit nach unserer Heimat rufen, und es ist zugleich ein Ehrenmal für die ungezählten Toten, die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft geworden sind.

Als an jenem Johanni-Abend die Finsternis aus den Bergen und Wäldern des Gebirges langsam nach unten stieg, als es dann ganz dunkel wurde, da flammte plötzlich hoch auf dem Berge jenes Kreuz im Licht auf, und neben den Tausenden von Heimatvertriebenen und Einheimischen, die zu der Feier selbst gekommen waren, sahen es weitere Zehntausende auf viele, viele Kilometer weit im Land. Von ferne muß es so gewesen sein, als ob ein leuchtendes Kreuz irgendwo hoch am Himmel schwebte. In mancher Ansprache und in manchem Grußwort wurde alles das gesagt und heraufbeschworen, was in dieser Stunde zu sagen war. Minister Lukaschek erklärte, als Vertreter des Bundespräsidenten und im Auftrage des Bundeskanzlers und des gesamten Bundeskabinetts zu sprechen. Er wünschte Glück und Segen zur Aufrichtung des Kreuzes hier an dieser Stelle und er dankte dafür, daß dieses Zeichen gewählt worden ist und nun herausstrahle in alle Welt. Er wolle noch einmal das Bekenntnis der Bundesregierung wiederholen, „wie es unser verehrter alter Reichstagspräsident Paul Löbe im Namen des Bundestags, des Bundesrats und der gesamten Bundesregierung ausgesprochen hat, als Protest gegen den ruchlosen, rechtlich übrigens völlig nichtigen Verzicht auf das Land hinter der Oder und Neiße." Und Bundesminister Lukaschek fuhr mit erhobener Stimme fort: „Ich darf heute hinzufügen, daß das ebenso für den Sudetengau gilt, der vor einigen Tagen ebenso verhandelt werden sollte. Die Bundesregierung wird niemals verzichten, und dieses Niemals wird stehen, solange es deutsche Menschen gibt. Ist dieses Kreuz heute ein Kreuz an der Grenze, dann wird es morgen ein Kreuz im Herzen Deutschlands sein, zur Erinnerung daran, daß man uns Unrecht getan hat, und daß das Unrecht sich in Recht verwandelt hat. Unter diesem Zeichen werden wir siegen! Sieg aber in Liebe. Und dieses Feuer, es drückt die heiße Liebe aus, und die Sehnsucht, die nie in uns verlöschen wird und die, meine lieben Landsmannschaften, den Gedanken an die Heimat und die Liebe zur Heimat aufrecht erhalten soll."

Neben den Fackelträgern, die das weite Rund des Platzes aufhellten, gab es zwei große Lichtpunkte: Oben auf dem Berg das leuchtende Kreuz und unten das gewaltig lodernde Johannisfeuer, gerade uns Ostpreußen wie eine Verheißung, daß wir unter dem Zeichen des Kreuzes dort oben auf dem Berge einmal auch wieder in unsere Heimat kommen und die Johannisfeuer dort anzünden werden.

Am Sonntag war das Kreuz selbst das Ziel vor allem vieler Heimatvertriebener. In einer schlichten, aber würdigen Feier wurden die Wappen der einzelnen ostdeutschen Provinzen an den Quadern des Sockels als Symbole der Heimat befestigt. Zuletzt wurde in einem kleinen schwarzen Schrein eine große Kostbarkeit heraufgereicht, die ein alter Heimatvertriebener aus dem deutschen Osten mitgebracht hatte, Erde von dem Friedhof, in dem dieser Greis seine ermordeten Kinder und Enkel hatte beerdigen müssen. Diesem Mann, der als einziger von einer großen Familie jenes Grauen überlebt hat, erschien dieses Kreuz als der würdigste Platz, diese Erde aufzunehmen.



Das Kreuz des deutschen Ostens
von Bad Harzburg aus gesehen

Nacht für Nacht soll nun dieses Kreuz erstrahlen, und nicht nur vom Westen her wird man es sehen, sondern auch von weiten Teilen jenes Deutschland, das nicht sagen darf, was es fühlt und denkt. Und mancher, der dieses Kreuz überhaupt nicht sehen kann, der viele hundert Kilometer entfernt von ihm lebt, wird sich, wenn er ganz verzagt werden will, dieses Kreuz im Geiste vorstellen, und aus dem Bewußtsein heraus, daß es, leuchtend, die Idee von Recht und Freiheit und Gerechtigkeit verkörpert, neue Kraft schöpfen.

Dieses Kreuz ist auch ein Beweis dafür, was wir Heimatvertriebene erreichen können, wenn wir nur alle wirklich etwas wollen. Es ist nur wenige Wochen her, da war die Errichtung dieses Kreuzes nichts weiter als ein

Plan. Und dann packte man an, und in sechs Wochen wurde trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände dieses eindrucksvolle Mahnmal erbaut. Es soll hier nicht die Rede sein von den Verdiensten einzelner Personen, es soll auch nicht weiter darauf eingegangen werden, daß das deutsche Erbübel, die Zwietracht, auch hier wieder in Erscheinung trat und daß man soweit ging, in der Zeitung einer großen Partei einem Vertriebenen, der sich besonders tatkräftig eingesetzt hatte, den ungeheuerlichen Vorwurf zu machen, die Errichtung des Kreuzes sei sein größtes Geschäft — überflüssig zu sagen, daß die entsprechenden Organisationen der Heimatvertriebenen es sind, welche die gesamte finanzielle Seite erledigen und beaufsichtigen, — es soll nur betont werden, daß es nicht irgendwelche Behörden oder Regierungen waren, die mit öffentlichen Mitteln dieses Kreuz errichteten, sondern daß Gedanke und Tat aus dem Kreis der Heimatvertriebenen kamen. Wenn von mißgünstiger Seite aus persönlichen Gründen erklärt wird, man hätte die zehntausend Mark, die dieses Kreuz koste, für bessere Zwecke verwenden können, dann sei darauf nur geantwortet, daß diese Kosten eines Mahnmals, das uns Heimatvertriebenen heilig ist, nur einen Bruchteil von dem betragen, was Blumendekorationen, die übrigens der Steuerzahler bezahlen muß, und Feuerwerke in Bonn gekostet haben. Jene Blumen sind verwelkt, die Raketen und die Sonnenkugeln über dem Rhein waren in wenigen Sekunden zerstoben — das Kreuz des deutschen Ostens, das an dieser Stelle für all das steht, was Ostdeutschland bedeutet, das ein Sinnbid auch dessen ist, was das Abendland gegen Asien zu verteidigen hat, soll leuchten, bis unsere Sehnsucht Erfüllung wird.

Polnisches Organ stellt fest:

„Polen besitzt weiterhin die Grenzen von 1939"

Die von den Exilpolen in London herausgegebene Zeitung „DZIENNIK POLSKI" berichtet, daß ein vom amerikanischen State Department verfaßtes amtliches Dokument feststellt, daß die Vereinigten Staaten die Veränderung der polnisch-sowjetischen Grenze von 1939 nicht anerkennen. Ein weiteres Dokument des Präsidenten Truman über die Revision der Einwanderungsquote habe das polnische Kontingent unverändert gelassen. Das polnische Blatt bemerkt zu diesen Tatsachen: „Es wird damit festgestellt, daß Polen für die Vereinigten Staaten weiterhin die Grenzen von 1939 besitzt, daß weder die im Osten durchgeführten Gebietsveränderungen, noch die polnisch-deutsche Grenze die Vereinigten Staaten verpflichten und daß beide nicht anerkannt werden." Ohne in der Interpretation zu weit zu gehen, könne man sagen, daß die USA sich an das Abkommen von Jalta nur in politischer, nicht aber in rechtlicher Hinsicht gebunden betrachteten.

Aus dem in der polnischen Zeitung auszugsweise wiedergegebenen Dokument des State Department geht des weiteren hervor, daß die USA die deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße nur als „von Polen und der Sowjetunion de facto annektiert" betrachten. Es ist bezeichnend, daß das State Department diese Gebiete ausdrücklich als „unter vorläufiger polnischer Verwaltung östlich der Flußlinie von Oder-Neiße" befindlich charakterisiert und hinzufügt, daß sich die Feststellungen des Dokuments auch auf Danzig und den sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens beziehen.

Wenn die USA New Hampshire, New Jersey, Massachussetts und Connecticut verloren hätten

In dem Bemühen, die amerikanische Oeffentlichkeit über die Vertriebenenfrage aufzuklären, veröffentlichte „The Catholic Standard and Times" „14 wenig bekannte Tatsachen über die Vertriebenen", wobei die Hintergründe der Massenaustreibungen, die Zahl der Vertriebenen, ihre soziale Struktur usw. in kurzen Sätzen dargestellt werden. „Die Vertriebenen wurden in ein bereits verstümmeltes Deutschland gepfercht", heißt es zusammenfassend, „in ein Deutschland, das 39 000 Quadratmeilen seines Gebiets an die polnische Puppenregierung abtreten mußte. Dies Gebiet ist fünfmal so groß wie New Jersey oder so groß wie die vier Staaten New Hamphire, New Jersey, Massachussetts und Connecticut zusammen". Keinerlei Vorkehrungen seien für ihre Unterbringung, für Kleidung und Nahrung getroffen worden, als die Austreibungen stattfanden. Es sei wahr, daß es sich um Menschen ebenso deutscher Herkunft handelte, wie in Pennsylvanien viele Amerikaner deutscher Herkunft leben. Ueber die Deutschamerikaner aber habe der amerikanische Senator Garrett Withers erst kürzlich gesagt: „Ich weiß einiges über die Deutschen in diesem Lande, und ich glaube nicht, fehl zu gehen, wenn ich sage, daß keine höherstehende Gruppe von Bürgern jemals in dieser Nation aufgewachsen ist als die Menschen deutscher Herkunft . . .". Abschließend werden die Worte des Papstes angeführt, mit denen er zu einer gemeinschaftlichen Aktion zur Behebung der Vertriebenennot aufrief.

Aufschlußreiche polnische Statistiken

Seit Januar 1950 gibt das polnische Statistische Hauptamt in Warschau die Statistischen Mitteilungshefte in zwei Fassungen heraus: eine ist für das Inland bestimmt, die andere für Zwecke der Auslandspropaganda. Während die Ausgabe der „Wiadomosci Statystyczne" für den innerpolitischen Bedarf bereits am 28. Februar druckfertig war, konnte die fürs Ausland bestimmte Ausgabe — die eine Auflage von 4500 Stück hat — erst Ende April erscheinen, da man sich über den Inhalt und seine publizistische Wirkung nicht so schnell schlüssig werden konnte.

Tatsächlich enthält die Zeitschrift höchst aufschlußreiche Angaben: Bekanntlich sollte Polen für die Abtretung seiner Ostprovinzen jenseits der Curzon-Linie an die UdSSR durch Uebergabe deutscher Gebiete in polnische Verwaltung entschädigt werden. Obgleich die hochentwickelten deutschen Ostprovinzen unvergleichlich wertvoller waren als die ostpolnischen Sumpf- und Waldgebiete, wurde und wird in der polnischen Propaganda immer noch von „Verlusten" gesprochen. Derartige Behauptungen werden nun durch die „Wiadomosci Statystyczne" selbst widerlegt. Aus einem in dieser Zeitschrift veröffentlichten ganzseitigen Kartogramm geht hervor, daß die industrielle Produktion Polens am 31. 12. 1949 nicht weniger als 180% gegenüber 1937=100% betrug. Der Stand der Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum — außer in der Landwirtschaft — auf 160%, woraus eine einseitige Verlagerung zur Industrialisierung hervorgeht. Damit sind von offizieller polnischer Seite die wesentlichen Gründe angegeben worden, warum die Oder-Neiße-Linie so fanatisch verteidigt wird.

Das Flüchtlingsproblem auf dem Kongreß der „Weltbewegung der Mütter" in Paris

Frankfurt/M. In Paris findet der Kongreß der „Weltbewegung der Mütter" (Mouvement Mondiale des Meres) statt, an dem auch deutsche Vertreterinnen teilnehmen. Auf dem Kongreß, auf dem 30 Nationen vertreten sind, wird vor allem auch die Flüchtlingsfrage behandelt, worüber eine Griechin, eine Ukrainerin, eine Polin und eine Litauerin sprechen werden. Den deutschen Vertreterinnen steht nur eine kurze Redezeit zur Verfügung, doch wurde zur Information der Kongreßteilnehmer ein Flugblatt verfaßt, das über das deutsche Vertriebenenproblem die wichtigsten Tatsachen vermittelt. In dem Flugblatt wird dabei insbesondere auf die „Dokumente der Menschlichkeit" hingewiesen, zu deren Sammlung der „Göttinger Arbeitskreis" kürzlich einen Aufruf an die Heimatvertriebenen erließ.

Anschriften der landsmannschaftlichen Blätter

Landsmannschaft der Deutsch-Balten

„**Baltische Briefe**". Heimatbrief der Deutsch-Balten, Schriftleitung und Versand Wolf J. v. Kleist, (16) Marburg/Lahn, Schließfach 84, Philippshaus.

Geschäftsführung: Hamburg 36, Alsterterrasse 7.

Bund der Danziger

„**Unser Danzig**", Mitteilungsblatt des Bundes der Danziger e. V., Lübeck, Beckergrube 41, Dr. R. Könnemann, Lübeck, Schwartauer Allee 71a.

Geschäftsführung: Hamburg 11, Trostbrücke 4.

Landsmannschaft Pommern

„**Pommern-Brief**"; Mitteilungsblatt der pommerschen Landsmannschaft, Schriftleitung jetzt (16) Kassel-Bettenhausen, Postfach 76.

Geschäftsführung: Herr Hoffmann, Kassel-B., Lilienthalstr. 3.

Sudetendeutsche Landsmannschaft

Geschäftsführer Herr Rückel, Regensburg, Tegernheim 57.

Landsmannschaft Schlesien

„**Breslauer Nachrichten**", die Zeitung für alle Schlesier. Herausgeber „Geselliger Verein ehemaliger Breslauer und Schlesier", (13a) Cham/Oberpfalz.

Geschäftsführer: Herr Tschauner, Hamburg-Bergedorf, Gärtnerstraße 32.

Landsmannschaft Westpreußen

„**Der Westpreuße**". Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Westpreußen. Geschäftsstelle Lübeck, Moislinger Allee 98.
Geschäftsführer: Dr. Lippky, Lübeck, Moislinger Allee 98.

Landsmannschaft
der Deutschen aus dem Weichsel- und Wartheland

„**Stimme aus dem Osten**", Organ der Landsmannschaft. Dr. Scholz, Ratzeburg, Bäker Weg 43.
Sprecher: Waldemar Kraft, Ratzeburg, Am Ratsteich 3.

Landsmannschaft Ostpreußen

„**Das Ostpreußenblatt**", Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Vertrieb G. E. Gutzeit, Hamburg 24, Wallstraße 29 b.

Geschäftsführer Werner Guillaume, Hamburg 24, Wallstr. 29b.

Nutzbringende Hundstage

Die Badesaison bringt auch den Vertriebenen Verdienst

Eine fast tropisch anmutende Hitze lastete in der zweiten Juniwoche über Stadt und Land. Mit Neid sahen die Männer auf die leichten Sommerkleider der Frauen, knöpften auch in der Stadt den Kragen auf und spazierten in Hemdsärmeln herum. Vor den Badeanstalten in den großen Städten stauten sich die Schlangen der Badelustigen, und in den Bassins wogten mehr menschliche Leiber als Wasserwellen.

Diese heißen Tage verhalfen manchem Vertriebenen zu einer kleinen Verdienstmöglichkeit. Die Not der Zeit hat sie dazu erzogen, jede sich bietende Chance wahrzunehmen. So suchten sich einige durch den Verkauf von Speiseeis und das Anbieten von Erfrischungsgetränken einige Groschen zu verdienen. Sie stellten sich an den Haltestellen der Stadtbahnhöfe auf, mischten sich unter das Badepublikum, gingen in den Stadtwald. Die meisten von ihnen hatten früher bessere Tage gesehen, und so mag ihnen schwer genug fallen, auf diese Weise eine kleine Beihilfe zur Bestreitung der hohen Lebenskosten zu erlangen. Die geringe Wohlfahrtsunterstützung reicht ohnehin nicht aus, und die Hoffnung auf das in Aussicht gestellte, arbeitsbringende große Bauprogramm ist für diesen Sommer wieder zerronnen.

Langsam setzt auch der Zug nach den Seebädern ein. Während der Badesaison findet manche der Frauen aus Ostpreußen, die durch den Krieg mit ihrer Familie nach einer der friesischen Inseln oder an die schleswig-holsteinische Ostseeküste verschlagen wurde, eine Stelle als Aushilfskraft oder Zugehfrau in den Pensionen und Gaststätten. Sie haben diese Zeit schon in Rechnung gestellt, und das Fremdenverkehrsgewerbe ist auf die Arbeitsleistung der Vertriebenen angewiesen.

Gewiß gab der, besonders in der R-Mark-Zeit, von manchen Kurgästen betriebene Aufwand Anlaß zu bitterer Kritik — hier Luxus und Gelage, dort Barackenelend und dürftiges Dahinvegetieren. Es wäre aber ungerecht, hierbei zu übersehen, daß unter den Gästen manches schwer schuftende Menschenkind ist, das monatelang für einen solchen Badeaufenthalt gespart hat und dem die Erholung nach der täglichen Tretmühle des Erwerbslebens nur zu gönnen ist.

Mitunter ergab sich auch ein menschlicher Kontakt zwischen wohlsituierten Kurgästen und den Frauen aus den Baracken. Er wirkte sich in Kleiderspenden oder besser noch in einer Stellenvermittlung für einen Familienangehörigen aus. Gäste, die das wahre Los und die traurigen Erlebnisse der Vertriebenen nicht kannten, erhielten durch den unmittelbaren Umgang mit einer „Frau aus dem Lager" Einblick in ihre täglichen Nöte und wurden etwas nachdenklicher. Heute sind die „Neubürger" ebenso interessiert an dem Ausgang einer Saison wie die Einheimischen. Ist sie lohnend und gut, so fällt auch für sie etwas ab, wenn auch in mageren Brocken.

Großen Eindruck hat auf die Badegäste, die aus den Großstädten und den Industriebezirken kamen, die saubere Kleidung und „anständige Haltung der Flüchtlinge" gemacht. Mitunter fing man Gesprächsfetzen auf: „Denk dir nur, die Frau, die hier reine macht, hatte früher in Ostpreußen einen eigenen Hof von 120 Morgen ..." Nun, die Vertriebenen waren schließlich keine Bettler, und wer von den Einheimischen heute noch auf hohem Roß sitzen mag, sollte nicht sein Herz verhärten, er kann nicht wissen, wie schnell er erniedrigt werden kann. In der Stempelschlange stehen zu müssen, ist bitter. Man sieht es heute manchem nicht an, was er früher einmal in der Heimat gewesen ist. Ein ähnliches Geschick kann auch andere ereilen ...

Wiegenlied

Schlafe, mein Kind. Die Heimat ist ferne.
Still halt' ich deine Hand. —
Dort — wie auch hier — stehn flimmernd
die Sterne
Ueber dem traurigen Land.

Schlafe, mein Kind. — Vom Haine her schallet
Heiserer Vogelruf.
Einsam aus dunkelndem Hofe nur hallet
Fremd eine Pferdes Huf.

Schlafe, mein Kind. Im Hause nun schweiget
Jedes bittere Wort. —
Leuchtend der Mond hinterm Walde auf-
steiget
Ueber die Wolken fort.

Schlafe, mein Kind. Es träumet der Garten
Längst in tauiger Ruh. —
Brauchst auf den Vater nie mehr zu warten;
Kühl deckt die Erde ihn zu.

Schlafe, mein Kind. Die Haustür knarrt leise,
Bang rührt ans Fenster der Wind,
Summt von der Heimat trostlose Weise. — —
Schlafe, o schlaf' nur, mein Kind.

Gerda Hoefs.

Corinth lernte in Königsberg malen

Von den Schülern, welche die Kunstakademie Königsberg im Laufe ihres hundertjährigen Bestehens gehabt hat, ist Lovis Corinth am berühmtesten geworden. Dieser größte Maler, den Ostpreußen hervorgebracht hat — er wurde am 21. Juli 1858 in Tapiau geboren und starb am 17. Juli 1925 in Zandvoort in Holland —, hat in seiner „Selbstbiographie" in dem Kapitel „Werden" geschildert, wie er nach dem Besuch der Schule in Königsberg an die Kunstakademie kam und welche Verhältnisse dort herrschten.

Ich ging aus der Sekunda B mit dem Zeugnis für das Einjährigen-Examen ab. Leider muß ich gestehen, daß ich und die Lehrer uns sehr freuten, einander aus dem Gesichtsfeld zu kommen. So ging ich denn eiligst nach der Akademie in der Königstraße, um mich dort als Schüler anzumelden. Es fiel gerade Ostern mein Lebensberuf auf den Maler, denn fast jeden Monat hatte ich eine andere Leidenschaft, mein Leben einzurichten: Soldat, Matrose, vor allem Landwirt wechselten in buntem Reigen und heute wollte es das Schicksal, daß ich Maler werden wollte. Bei diesem Berufe verharrte ich nun treu und niemals wollte ich es bereuen. Es wäre denn der Jammer, welcher über jeden Künstler fällt, wenn er Leben und Kunst als verfehlt ansieht und über die Stärke seines Talents Zweifel hegt.

Die Akademie war jedem Königsberger vom Aussehen bekannt, ein viereckiger, mit Bronze beschlagener Schornstein ragte vor dem Biedermeier-Hause in die Luft und ein schöner lateinischer Vers stand über dem Gesims, daß dieses Gebäude zur Erziehung von jungen Künstlern gegründet wäre. Aber über das Tun der Maler waren die guten Königsberger ebenso wenig instruiert, wie etwa über die Freimaurer, von denen sie glaubten, daß diese alle eines Tages vom Satan geholt würden und zur Hölle abführen wie der Teufel mit dem Doktor Faust. Ich wußte über die Malerei nicht mehr als mystische Geschichten, welche mir die Tante erzählt hatte. Auch ein Schulfreund hatte mich schon einigermaßen bekanntgemacht mit Namen, Berühmtheiten, die aber für mich leerer Schall blieben.

Ich sah einen alten verwilderten Herrn mit breitkrämpigem Hut, weißem Schnurrbart, „Sanft-Jacke" mit fliegender Krawatte über den Schloßberg eilen. Das sollte der frühere Direktor der Akademie sein. Er hieß Rosenfelder. Ich hatte sein großes Bild im Bildermuseum bewundert: Die Uebergabe der Marienburg. In der Geschichte war ich gut bewandert, und dieses Bild konnte ich nicht genug bewundern. Solche Bilder möchte ich malen: Harnische, wallende Mäntel, sammete Draperien und namentlich, wie der Hochmeister in geäderter Hand den Festungsschlüssel hält. Das waren meine Motive um das Jahr 1876. Ein Kunsthistoriker würde darüber in seinen Heften notieren, daß die Historienmalerei zu jener Zeit am höchsten bewertet wurde. Mit diesen schwachen Kenntnissen trat ich dann mit einigen Zeichnungen unter dem Arm aus dem Gymnasium in die Akademie in das Atelier ein, wohin man mich gewiesen hatte, daß dort die Aufnahme stattfinden solle.

Ich kam in die Kopierklasse, wo ich Vorlegeblätter nach „Julien" nachzeichnen sollte. Die höchste Kunst schien, und man hielt den für sehr begabt, welcher eine Kriehuber'sche Lithographie überwunden hatte. Der Lehrer meiner Klasse war der Kupferstecher Trossin. Sein Lieblingswort war: „Nicht zu pechig", wenn die Vorlage zu schwarz mit der Kreide abschattiert war.

Nach dem überstandenen Examen hatte ein Lehrer die Königsberger Akademie als zu schwächlich und korruptionslüstern in einer Zeitung denunziert. In der Tat verband ein Lehrer aus Bromberg zugleich mit seinem Studium eine Brunnenkur auf Anraten seines Arztes. Inzwischen arbeitete ein junger, armer Akademiker an seiner jungfräulichen Diana und so blieben ihm nur die mechanischen Fächer übrig, welche er glaubte, leicht überwinden zu können. So setzten bereits die kleinen Intriguen ein, die auch in dem heiteren und harmlosen Künstlervölkchen in der ostpreußischen Residenz üblich werden sollten. Wir zahlten drei Taler vierteljährliches Honorar und hatten dafür alles: Heizung, Handtücher und die Bilderschüler sogar ein schönes Atelier. Ferner war für alle Akademiker einen Monat vor den großen Ferien Zeichnen und Malen nach der Natur. Zu diesem Zweck zog man in einen angenehmen Ort der Umgebung Königsbergs, wenn er besonders mit einem Park oder nahem Walde verbunden war. Ein reicher Spender hatte den Malern und jungen Schülern das Mittagessen geschenkt und viele arme Schlucker lebten in diesem Monat angenehmer, als in den übrigen Zeiten des Jahres. Zu Weihnachten waren dann Stiftungen ausgesetzt für Arbeiten guter Studienköpfe, Aktzeichnungen, landschaftliche Zeichnungen und sogar für

den Ankauf von Oelbildern jüngster Künstler. Diese Erwerbungen nannten wir zum Scherz „die Suppe", weil, nachdem die Schulden notdürftig bezahlt waren, nur für einen Teller Suppe übrig blieb. Ich selbst hatte einmal so viele Prämien eingeheimst, daß meine Freunde sogar Austern essen durften, so viel sie wollten.

Als ich nach der Gipsklasse versetzt war, wurde auch ein neuer Lehrer für dieses Atelier angestellt. Er hieß Otto Günther, kam aus Weimar und war in Königsberg schon von der letzten Ausstellung im Moskowiter Saale rühmlichst bekannt. Jedenfalls regte Günther uns vielfach an. Er gründete einen jüngeren Künstlerverein, der verbunden war mit einem Kompositionsabend und reizte uns, Reisen nach Berlin und sogar nach Thüringen zu machen. Mir persönlich hat Günther künstlerisch Anregungen gegeben, welche für mein vollkommen naives Gehirn leicht zu erfassen möglich waren. Diese Zeit war die schönste meiner Jugend: Frei von allem Schulzwang, eine anständige Wohnung bei meinem Vater und gleichgesinnte Freunde. Wir waren alle stark und jung. Ich muß vorausschicken, daß zu jener Zeit der Genuß alkoholischer Getränke denkbar am höchsten gestiegen war und gar in meiner Heimat, wo der ostpreußische Maitrank berühmt war. Kein Student und kein Soldat konnten in den Augen seiner Mitmenschen tüchtig gelten, wenn er nicht auch ein berüchtigter Trinker war. Diese Trunksucht wurde bald von uns zu großer Meisterschaft gebracht.

Kohnert, Minzloff und alle meine neu gewonnenen Freunde tranken und betranken sich, daß wir nicht unterscheiden konnten, wer von uns allen am meisten leisten konnte. Viele, die ich nur vom Hörensagen kannte, z. B. Borries und ein Pillauer, dessen Namen ich vergessen habe, entgleisten durch dieses Laster schon sehr früh und starben als Jünglinge, ohne daß ein Hahn nach ihnen gekräht hätte. Der Hauptgrund dieser Entgleisung war ihre geringe Schulbildung und ihre zu große Armut. Alle waren Stubenmaler gewesen. Der Alkohol hatte bei ihnen offene Tür, und wenn sie kein Geld hatten zu Grog oder Schnaps, so nahmen sie auch mit Brennspiritus vorlieb, welchen sie auf der Bude ihrer Freunde stibitzten, und so hatten sie die paar Jahre eine traurige Berühmtheit für unsere Akademie erlangt.

Corinth schildert dann sehr ausführlich und in drastischer Art, wie eine Fahrt nach Wargen und Preil zu einem alkoholischen Exzeß ausartete, dessen Folgen nur mit großer Mühe zu einem Taler Ordnungsstrafe wegen Unruhe auf der Straße abgebogen werden konnten. Nachdem er dann von Intrigen künstlerischer und finanzieller Art spricht, die an der Kunstakademie in Königsberg im Gange waren, erzählt er, wie er schließlich von Königsberg an die Kunstakademie von München kam.

Lob der „blaublanken Moorkartoffel"

Hermann Sudermann hat in seine „Litauischen Geschichten" auch eine Novelle eingefügt, in der er das harte Leben und den Aufstieg eines Kolonisten im Großen Moorbruch schildert. Sie legt für die Zähigkeit dieser Menschen, die einem Sumpfboden Ernten abzuringen vermochten, ein beredtes Zeugnis ab.

Die Urbarmachung des Hochmoores und die Kultivierung des gewonnenen Landes erforderte viel Schweiß. Durch Ausheben von 1,50 m breiten und 1 m tiefen Gräben, die in Abständen von 50 m gezogen wurden, erfolgte die Entwässerung der Parzelle. Dann wurde der Moorboden in 1,30 m breite Beete eingeteilt, die tiefe Furchen abgrenzten. Die dabei ausgehobene Erde streute der Kolonist zum Verwittern auf die Beete. Im Frühjahr wurde dieser Auswurf zerkleinert und in die Furchen zurückgeschaufelt, auf die unbearbeiteten Beete wurde reichlich Dung geschafft. Hierauf wurden Kartoffeln auf die Dungschicht gelegt und mit der feingemachten Erde aus den Furchen bedeckt.

Wenn sich im Laufe von drei Jahren die auf den Beeten selbstvorhandene Rohhumusschicht zersetzt hatte, wurde eine neue Furche, deren Aushub die nächste Kartoffelaussaat bedecken sollte, in der Mitte des Beetes angelegt und nach abermals drei Jahren wieder neue Furchen ausgeschaufelt.

Auf einem Hektar Moosbruchacker konnten etwa 150 Doppelzentner Kartoffeln geerntet werden. Diese Kartoffeln waren in Ostpreußen berühmt und erzielten höhere Preise als die aus anderen Gegenden gelieferten. Sie wurden auf Kähnen nach Königsberg, Tilsit und Labiau verfrachtet. In Königsberg legten die Boote aus dem Moosbruch am Kneiphof gegenüber der Börse an. Die Hausfrauen ließen sich gerne die gut haltbaren "blaublanken Moorkartoffeln" in ihre Keller schaffen. Sie waren ohne Schründe, blieben fest und schmeckten niemals „pampig". Sie waren köstlich. *s-h*

Eingaben der Vertriebenen an Mr. McCloy

„Sie werden nicht auf die leichte Schulter genommen"

„Die Botschaften der Vertriebenen an Mr. McCloy werden nicht auf die leichte Schulter genommen", berichtete der Frankfurter Korrespondent der großen amerikanischen Zeitung „New York Times" seinem Blatte. Insbesondere habe das Telegramm einer Gruppe bayerischer Vertriebener an den amerikanischen Hochkommissar Aufsehen erregt, in dem die Warnung ausgesprochen wurde, daß bei einer weiteren Verzögerung der Landreform die Massen der bäuerlichen Vertriebenen der Hand ihrer gewählten Führer entgleiten und nach dem Muster der italienischen Landarbeiter sich im Wege der Selbsthilfe Bauernland beschaffen würden. Derartige Erklärungen, so heißt es in dem Bericht des amerikanischen Korrespondenten, würden von den amerikanischen Behörden in Bayern genauestens beachtet, da sie „einen explosiven außenpolitischen Aspekt" hätten. Es seien Beweise dafür vorhanden, daß die Kommunisten aus dieser Lage der Vertriebenen politisches Kapital zu schlagen versuchten.

Der Bericht stellt des weiteren fest, daß die Vertriebenen in ihren Eingaben auf die Verantwortung der Westmächte für die Austreibungen hingewiesen hätten.

SED übernahm „die Wacht an der Oder und Neiße"

Der FDJ-Aufmarsch in Berlin wurde in der polnischen Presse durch zahlreiche Artikel und Berichte im Sinne der kommunistischen Propaganda gewürdigt und dabei darauf hingewiesen, daß auch polnische Delegationen an dem Treffen teilnahmen. Besonders wird auf eine Rede des 1. Vorsitzenden der FDJ auf dem III. Jugendparlament hingewiesen, wo dieser die Oder-Neiße-Linie als „Friedensgrenze" bezeichnete. Die polnische Zeitung „Polska Zbrojna" stellt fest, daß die SED „gemeinsam mit uns die Wacht an der Oder-Neiße-Grenze übernommen" habe.

Oder-Neiße-Linie „brennende Wunde Europas"

Buenos Aires. „Ein Stück Europa ging verloren und daher ist die Frage der deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße nicht allein eine deutsche Angelegenheit, sondern eine brennende Wunde, die ganz Europa angeht" schreibt die argentinische Zeitung „Prensa Libre" — „Freie Presse". Man könne nicht einfach einen Teil des europäischen Körpers amputieren und dann sagen: wir werden auch so leben. Europa könne ohne die deutschen Ostgebiete nur vegetieren, nicht aber aus eigenen Kräften hochkommen. Es habe Zeiten gegeben, in denen sich die Polen stolz zu Europa bekannten. Dieses Polen besteht nicht mehr, es wurde ein Opfer des Bolschewismus. Hunderttausende antikommunistischer Polen irrten nunmehr heimatlos in der Welt herum. Gerade diese Polen sollten ein Verständnis dafür haben, daß Millionen Deutscher niemals ihre Heimat aufgeben werden und können. Eine wahre europäische Gemeinschaft könne niemals errichtet werden, ehe nicht das Unrecht der Austreibung von Millionen Menschen wiedergutgemacht worden ist.

Die American Overseas Airlines im Dienste der Aufklärung

New York. Auf einem Diner der American Overseas Airlinas, an dem zahlreiche Vertreter der Behörden einschließlich des amerikanischen State Departement teilnahmen, sprach der Vertreter des „Pressedienst der Heimatvertriebenen" in New York, Mr. H. C. Furstenwalde, über die Bedeutung der A.O.A. für die Durchführung des europäischen und insbesondere deutschen Wiederaufbaus nach dem European Recovery Programm. Er behandelte dabei vor allem auch die Bedeutung des Vertriebenenproblems, dessen hemmende Wirkung in der Wirtschaft eines jeden Staates bemerkbar sein würde, um wieviel mehr erst in einem Lande, das starke Kriegszerstörungen erlitt, das an Kapitalmangel leidet und in dem umfangreiche Demontagen durchgeführt wurden. Die Männer der AOA hätten durch ihren Flugdienst nach Deutschland der Sache des europäischen Wiederaufbaues gedient, indem sie die notwendigen Verbindungen zu Mitteleuropa herstellten und pflegten. Damit aber haben sie dem Völkerfrieden einen großen Dienst geleistet. Die negativen Aspekte aber, die sich noch — und gerade auch hinsichtlich der Vertriebenenfrage — ergeben, können nur dann beseitigt werden, wenn sie zunächst klar erkannt werden und wenn jeder Flieger der AOA seinen individuellen Einfluß benutzt, um aufklärend zu wirken.

„Selbständige Vermehrung des Waldes"

Berlin. Die Warschauer Zeitung „Trybuna Ludu" bringt einen bemerkenswerten Artikel, in dem die Bevölkerung erneut aufgefordert wird, die Brachländereien — nicht etwa zu bestellen — sondern aufzuforsten. Dabei werden aufschlußreiche Zahlen gegeben: Während in den 20 Jahren von 1919—1939 im gesamten damaligen polnischen Staatsgebiet 736 969 Hektar aufgeforstet wurden, wurden von 1945—50 allein in den Staatsforsten 365 497 Hektar bewaldet. Daß es sich dabei aber durchaus nicht um eine planmäßige Aufforstung handelte, geht daraus hervor, daß „die selbständige Vermehrung des Waldbestandes" als „wesentliche Hilfe" bezeichnet wird, seien doch durch Selbstbesamung ca. 100 000 Hektar Neuwald entstanden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um weite Landstriche in den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten, wo zunächst eine Strauchsteppe entstand, die sich nun zu einer Art Urwald mit jungen Beständen entwickelt hat.

Herausgeber: Walter Ostermann, Hannover, Am Taubenfelde 1, Tel. 26 138, als Sequester.
Sendungen für die Schriftleitung: (24a) Hamburg-Bahrenfeld, Postfach 20
„Wir Ostpreußen" erscheint zweimal im Monat. Bezugspreis: 55 Pfg. und 6 Pfg. Zustellgebühr. Einzelverkaufspreis 35 Pfg. Postscheckkonto Hamburg 83—011 C. E. Gutzeit.
Anzeigenverwaltung und -annahme und Druck: Rautenberg & Möckel, (23) Leer (Ostfriesland), Norderstr. 29/31.
Z. Zt. Anzeigenpreisliste 4 gültig.